

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0343/2020
öffentlich

| Gremium | Sitzungsdatum | Art der Behandlung |
|--|---------------|--------------------|
| Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann | 19.08.2020 | zur Kenntnis |

Tagesordnungspunkt

Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU"

Inhalt der Mitteilung

Mit dem Projekt „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ möchte der Landesintegrationsrat NRW Städten und Kommunen die Möglichkeit geben, neue Erinnerungsstätten als Zeichen einer klaren Positionierung gegen extrem rechte Strömungen und Tendenzen zu errichten. Symbolisch für die 10 bekannten Opfer der rechtsextremistischen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ werden im Rahmen des Projektes 10 neue Bäume gesetzt, hinzu kommt ein elfter, der für die unbekannte Zahl weiterer Anschlagstäter und -opfer steht. Somit entsteht ein neuer Erinnerungsort als Ausdruck einer lebendigen Erinnerungskultur und gleichsam auch als „Antwort“ auf die zahlreichen Zerstörungs- und Schändungsvorfälle, zu denen es an in den letzten Jahren und Monaten neu errichteten Gedenkstätten gekommen ist. Erklärtes Ziel des Projektes ist es, die tatsächliche Dimension der Verbrechen durch den „NSU“ erfahrbar zu machen.

Eine unzweifelhafte Positionierung der Stadtgesellschaft scheint insbesondere insofern bedeutsam, als sich die Familien und Angehörigen der Opfer durch lange in falsche Richtungen ermittelnde Behörden und fehlende Solidaritätsbekenntnisse der Politik auf Bundesebene nicht als verstanden, vertreten und geschützt erleben. Diese Wahrnehmung ist bedrohlich für das Zugehörigkeitsgefühl von neu Zugewanderten, aber auch seit langer Zeit in Deutschland lebenden Migrant*innen zu einer offenen, diversen und solidarischen Gesamtgesellschaft. Die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach an „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ ist geeignet, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Um den durch den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach gestellten Antrag auf Realisierung des Projektes zu bearbeiten, scheint es sinnvoll, dass im Rat der Stadt Bergisch Gladbach darüber nach Beginn der kommenden Legislaturperiode unter Einbeziehung aller erforderlichen Fachausschüsse beraten und entschieden wird.

Die Gedenkstätte:

Die neu zu errichtende Gedenkstätte würde aus 11 neugepflanzten/-gesetzten Bäumen sowie einer Gedenktafel bestehen.

- Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach ist über das Projekt zu informieren
- Der Fachbereich 8-67 „Stadtgrün“ wäre damit zu beauftragen, die anfallenden Kosten für die Errichtung und Pflege der Gedenkstätte sowie das Vorhandensein geeigneter Standorte einzuschätzen. Denkbar wären auch „Patenschaften“ für einzelne Bäume oder die gesamte Gedenkstätte, z.B. durch Schulen aus dem Netzwerk „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“, Bürgerinitiativen oder Privatpersonen. Hier kann 5-53 entsprechende Kontakte herstellen bzw. Interessent*innen akquirieren.
- Eine Bürger*innenbeteiligung bei der Suche nach Standortvorschlägen unter Federführung des FB 5-53 „Soziale Stadtentwicklung“ wäre zu erwägen.
- Finanzierungsmöglichkeiten des Projektes sind zu überprüfen (FB 5-53)